Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

104 (16.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XXXI.)

als Fortsetzung der

Landtags-Zeitung.

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhandlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 104.] Karlsruhe 1846. [16. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Rundschau.

Vom 14. März.

— Das Mannheimer Journal enthält einen schätzbaren Beitrag zur Geschichte des Art. 13 der deutschen Bundesacte, dessen Schluß wir mittheilen. Nach einer übersichtlichen Darlegung der Grundzüge der süddeutschen Verfassungen heißt es daselbst: „Die süddeutschen Verfassungen schienen eine höchst bedeutende Wirkung auf die Stimmung des gesammten deutschen Volkes zu versprechen. Gleich die erste, die bayerische, wurde, so mangelhaft sie auch war, und so wenig sie in allen ihren Bestimmungen den Wünschen der öffentlichen Meinung entsprach, doch mit großem Jubel aufgenommen, weil man darin doch wenigstens einen Anfang sah. Mit nicht minderer Freude wurden die badische und die würtembergische Constitution begrüßt. Nun dauerte es nicht lange, so kamen die ersten Ständeversammlungen zusammen. Im Anfange des Jahres 1819 begannen die baierischen und die badischen Stände ihre Sitzungen; die würtemberger folgte im Sommer. Sie erregten die lebhafteste Theilnahme in ganz Deutschland. Aber sie rechtfertigten auch dieselbe, indem sie, wie ungewohnt ihnen auch zuerst die neue Thätigkeit erscheinen mochte, doch die Wichtigkeit ihres Berufes erkannten und gewissenhaft ihre Pflicht auszuüben trachteten. Allerdings kam es in Baiern und Baden zu heftigen Debatten zwischen den Ständen und den Regierungen, aber für die Verständigeren und Freisinnigeren des Volkes ging daraus nur das Resultat hervor, daß bisher auf eine unverzeihliche Weise gewirthschaftet worden war, und daß die verschiedenen Mißbräuche, welche jetzt erst recht zu Tag kamen, von den Ständen aufgedeckt und gerügt worden seien, was freilich denen, die an dem Ruder des Staates standen, nicht immer angenehm sein mochte.

„Zugleich aber mußte dadurch das Volk die Garantie erhalten, daß von nun an dergleichen Mißbräuche, wenigstens in dem Grade, wie sie bisher bestanden, nicht mehr vorkommen könnten, so wie nämlich die Stände endlich ihre Pflicht erfüllten, und die Nützlichkeit und Nothwendigkeit von Verfassungen schien aber dadurch außer allem Zweifel gestellt.

„Aber es gab noch eine reactionäre Partei in Deutschland, welche mit dieser Entwicklung des politischen Lebens keineswegs zufrieden war. So lange die freisinnigen Grundsätze sich blos innerhalb kleinerer Staaten bewegten, hatte diese Partei, wie oben schon angedeutet, nichts dagegen, weil sie nichts zu fürchten brauchte: so wie sie aber in den größeren deutschen Staaten, in dem ganzen Süden Deutschlands Wurzel geschlagen, schien ihr diese Thatsache höchst bedenklich, weil die Verbreitung derselben über die ganze Nation von nun an unvermeidlich zu sein schien. Auch zeigten sich bereits deutliche Spuren davon. In Preußen namentlich, dessen Regierung seit dem Anfange des Jahres 1816 sich der Reaction hingegeben und deßhalb an die Erfüllung des Versprechens vom Jahr 1815 nicht mehr zu denken schien, wurde allenthalben der Ruf nach der Verleihung einer Constitution laut; von den Rheingegenden, von Schlesien, von Sachsen, von Pommern gingen Adressen mit zahllosen Unterschriften ein, alle mit demselben Thema; schon glaubte man — wenigstens die klügere weitsehendere Partei — daß man dieser entschiedenen Stimme der öffentlichen Meinung sich nicht mehr entziehen dürfe und könne. Um so energischer mußte die Reaction allen diesen Entwicklungen entgegengehen. Zu diesem Ende versammelte Metternich im Sommer 1819 die Gesandten eines Theils der deutschen Fürsten um sich in Karlsbad."

Die Karlsbader und die späteren Beschlüsse konnten zwar die freudige und gedeihliche Entwicklung deutscher Kraft und nationaler Größe hemmen, aber nicht unterdrücken. Preußen schreitet naturnothwendig dem constitutionellen Systeme zu. Darum hat sich die Reaction in neuerer Zeit mit den Jesuiten verbündet, um Preußens Fortschritt und damit auch seinen Einfluß in Deutschland zu brechen. Darum haben

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

es die Absolutisten und Jesuiten in Baden versucht, das Volk zu bethören, damit es selbst helfe die Verfassung zu stürzen und die Herrschaft der Rückschrittspartei und der Jesuiten zu gründen. Der Versuch ist bereits als mißlungen anzusehen und die wackeren Bürger Badens, die sich nicht blenden ließen durch wälschen Trug, haben sich um das deutsche Vaterland verdient gemacht

— Das Journal schenkt der Karlsruher Z. nichts. Auf die gestern erwähnte Berichtigung antwortet es heute und bemerkt unter Anderm, daß die Karlsruher Z., welche in ihrer Berichtigung sagte, sie habe mit ihrer leichtsinnig hingeworfenen Beschuldigung „jesuitischer Beweggründe" das Journal nicht gemeint, — dasselbe sogar genannt hatte.

— Der zweite Wahldistrict der Stadt Heidelberg hat, wie der erste, gut gewählt. Kein einziger Jesuit, kein einziger Centralcomitemann! —

— Der Nürnberger Correspondent theilt folgende Aeußerung des bayerischen Abg. Leybold bei der Verhandlung über das Eisenbahngesetz mit: „Was die Eisenbahnen im Ganzen betreffe, schlage er die geistigen Folgen höher an, als die materiellen. Besonders erwarte er von der Personenfrequenz viel für Bayern, für Deutschland. Wenn die Bewohner anderer Länder, wo man das vollständige konstitutionelle Wesen, wo man die Preßfreiheit, das öffentliche Gerichtsverfahren u. s. f. habe, wenn Franzosen, Belgier, Engländer auf den bayerischen Bahnen dem nach einer ständischen Verfassung sich sehnenden Preußen, dem in seiner Konstitution geschmälerten Hannoveraner, dem mit dem Verlust seiner Nationalität bedrohten Schleswig-Holsteiner die Hand reichten, dann werde es nicht möglich seyn, jene Güter länger und immer vorzuenthalten."

— Die Universität Freiburg hat Se. Excellenz den Großh. Staatsminister a. D., Frhr. von Türkheim zu ihrem Abgeordneten in die erste Kammer ernannt, und der Gewählte hat die Wahl angenommen. Dies ist eine entschiedene Niederlage der reactionären, jesuitischen Partei, denn Hr. v. Türkheim ist ein constitutioneller Staatsmann.

— Die oberrheinische Zeitung bringt wieder einige „von der Obercensurbehörde freigegebene" Artikel. Die Mustercensur streicht jede Bemerkung dieser Art. Den Bericht über Welckers Prozeß, den wir in Nr. 100 mitgetheilt, hatte die Mustercensur, so weit er ihr vorgelegt worden war, von oben bis unten gestrichen.

— Die Süddeutsche veröffentlichte vor einiger Zeit eine Adresse aus Wyhlen, Amts Lörrach, worin 102 Personen, von denen ausdrücklich gesagt war, sie seien keine alten Weiber, ihre frühere Petition um Synoden widerriefen, sie bemerkten dabei, ihr Pfarrer habe sie zur Vernunft gebracht, d. h. zum Unterschreiben der Petition für Synoden, was sie bitter bereuen. In der heutigen Oberrheinischen (Nr. 72) erklärt Pfarrer Früh die Behauptung, er habe jene Personen zum Unterschreiben verleitet, für eine freche Lüge und verlangt Untersuchung über die Art und Weise, wie die 102 Unterschriften der Gegenpetition zu Stande gekommen.

— In derselben Nummer tritt Oberamtmann Hiß gegen einen Artikel der Freiburger Zeitung auf, welcher Staatsdiener in Schönau verdächtigte.

— Die Karlsruher Zeitung bemüht sich, den richtigen Begriff wahrer Freiheit herauszubringen, und findet, daß der Staat die Einzelnen zur Sittlichkeit, Tugend und wahrer Religion zwingen muß, wenn sie sich nicht von selbst dazu verstehen. Da die Mehrheit der letzten Kammer nicht mit dieser Begriffsbestimmung der wahren Freiheit einverstanden gewesen, so dürfe sie auch nicht mehr gewählt werden. Man müsse vielmehr diejenigen wählen, welche dem Staat gehorchen. Es ist kein Wunder, daß die Karlsruher Zeitung so verwirrt und unglücklich ist, wenn sie von Freiheit redet. Man fühlt die Bergluft nicht in dumpfen Kanzleien, und lernt die Freiheit nicht aus Akten kennen. Darum ist der Karlsruher Zeitung der Staat nur eine Zwangsjacke für das Volk, und weil sie keinen Rechtsstaat will, verlangt sie einen Moralstaat, der die Leute sogar zur wahren Religion zwingen soll. Sie spricht von der Freiheit, wie der Blinde von den Farben. Von der Mehrheit der Kammer behauptet die Karlsruher Zeitung, es hätten Manche ihre Macht ungestraft ausüben und sich über das Gesetz stellen wollen. Das ist eine Verwechslung. Es haben Manche darüber geklagt, daß die Polizei und die Censur ihre Befugnisse überschritten, und sich über das Gesetz gestellt haben. Wenn die Karlsruher Zeitung weiter bemerkt, daß nicht die Vernunft sondern die Neigung herrsche, welche in vornehmer Aufgeblasenheit sich und die Welt verkenne, so ist dieß richtig, paßt aber durchaus nicht auf die Bürger in der Kammer. Die „eiteln Projektenmacher", mit welchem Titel die Karlsruher Zeitung die bürgerlichen Abgeordneten beehrt, die „phantastischen Reden" vor denen sie warnt, weiß das Volk besser zu würdigen als die Karlsruher Zeitung, welche glaubt, die Bürger könnten nicht leben, wenn sie nicht fortwährend von der Polizei chikanirt würden. Wir wünschen ihr bessere Aufsätze als ihren heutigen, der sich durch Unklarheit,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Begriffsverwirrung und Mangel an Verstand und Menschenkenntniß auszeichnet.

— Der Murgmann scheint dem Morgenblatte untreu geworden und seine Feder der Karlsruher Zeitung zur Disposition gestellt zu haben. Wenigstens scheint uns der Artikel aus Gernsbach dafür zu sprechen, dem man übrigens anmerkt, wie schwer es dem Verfasser fällt, seine abgedroschenen Floskeln von den Ausbrüchen der Gemüthsroheit, die im Morgenblatte so reichlich flossen, einigermaßen frei zu halten.

— Von der Freiburger Zeitung haben wir nachzutragen, daß die Nummer 69, die wir übersehen hatten, gar nichts enthält. Die heutige Nummer (72) druckt der Süddeutschen den Artikel „Unwissenheit oder Verleumdung" ab, ohne Angabe der Quelle. Er stand in Nr. 43 der Süddeutschen vom 7. März, wir haben ihn in unserer Nummer vom 11. März berücksichtigt und am 13. druckt ihn die Freiburger Zeitung ab, und meint, weil sie eine Woche gewartet, denke kein Mensch mehr daran, daß der Artikel aus der Süddeutschen genommen ist.

— Ferner enthält die Freiburger Zeitung eine Korrespondenz aus Heidelberg, 10. März, wegen des Anschlags am schwarzen Brett. Schöne Korrespondenz, das! Aus der Oberrheinischen Zeitung ist es nachgedruckt. Damit man dies nicht merke, ist der Eingang abgeändert wie folgt: die Oberrheinische Zeitung beginnt mit den Worten: „Gestern erschien am schwarzen Brette unserer Universität folgender Anschlag". Daraus macht die Freiburger Zeitung: „Gestern wurde am schwarzen Brett der Universität folgender Anschlag verkündet". — Der Schluß ist dann ebenfalls ein wenig geändert, und nun glaubt die Freiburger Zeitung ihren Abonnenten weiß gemacht zu haben, sie habe den Brief von Heidelberg erhalten. — Das sollte man auch am schwarzen Brett anschlagen. Die Freiburger Zeitung sollte doch wenigstens das eigene Nest sauber halten und den an ihrem Wohnsitz erscheinenden Blättern nicht Artikel entwenden. Das muß doch jedenfalls herauskommen. Wir empfehlen ihr zum Plündern die Augsburger Postzeitung, welche hier zu Lande fast so wenige Leser hat wie die Freiburger.

— Die Süddeutsche bringt heute (Nr. 47) ein Pröbchen aus einem demnächst im Drucke erscheinenden Manuskript: „Reden über die Hauptgebrechen unserer Zeit", mit der Ueberschrift: „wahre und falsche Freiheit." Das Bruchstück will denen, die das Unglück haben, es lesen zu müssen, folgende Bären aufbinden. Der Naturmensch thut, was er will; er befriedigt sogar seine natürlichen Bedürfnisse, aber das ist nicht die wahre Freiheit. Diese kommt erst, wenn der Mensch aus dem wilden Zustand heraustritt. Von Stufe zu Stufe, vom Familienleben zum Stammesleben, von diesem zum Volks- und Staatsleben, muß er immer fester gebunden werden, damit ihm die wahre Freiheit erblühe. Das Bruchstück wimmelt von „binden", „gebunden", „Bindung", „Verzicht", „Unterordnung" u. s. w. und behauptet, im weltlichen Staate sei der Mensch nicht fest genug gebunden, also auch nicht frei genug. Erst im Jesuitenstaat, oder, wie das Bruchstück sich ausdrückt, im „christlichen Reich der Gnade" ist der Mensch wahrhaft frei, denn dort fängt die Unterwerfung, der Gehorsam und die „Bindung" erst recht an. Der Mensch kömmt ganz außer sich, er merkt, daß er unter der Polizei in einer zügellosen, jetzt aber in der wahren festgeknebelten Freiheit lebt. Er ist gerade „wie wenn er ein Leichnam wäre oder ein Stab, welcher dem Träger auf jede beliebige Weise dient." (Siehe die ächten Jesuitenregeln im Summarium Constitutionum §. 36.) Wer an dieser wahren Freiheit kein Wohlgefallen findet, den nennt das Bruchstück einen „Freibeuter der gesetzlosen Willkür." Es ist gut, daß dieses Bruchstück noch vor den Deputirtenwahlen an's Licht getreten ist, damit die Wahlmänner die wahre Jesuitenfreiheit kennen lernen, nachdem sie aus der Karlsruher Zeitung die zügellose Polizeifreiheit erkannt haben. Zugleich dient das Bruchstück als Warnung vor dem Ankauf des Ganzen, nämlich der „Reden über Hauptgebrechen unserer Zeit", in welchen Reden die Süddeutsche eine Hauptrolle zu spielen — verdient.

— Dann läuft die Süddeutsche wieder Sturm gegen Hohenzollern-Sigmaringen, welches schon mehrmals ihren Zorn erregt hat, weil das jesuitische Unkraut nicht aufgehen will. Regierung, Stände und Volk sind dort gegen die Jesuiten. Ein katholischer Geistlicher hat in einer Petition an die Ständeversammlung Anträge gestellt, ob denen der Süddeutschen die Haare zu Berg stehen (Synoden, Controlirung der Dekane durch landesherrliche Commissäre u. s. w.). Der Abg. Aicheler sagte sogar: „Wir werden Christen seyn ohne Rom, ja sogar katholisch seyn ohne Rom, und ohne Rom in den Himmel kommen." „Aus guter Quelle wissen wir," — so schließt bedeutungsvoll die Süddeutsche ihren Blitz- und Donnerartikel — daß der hochwürdige Herr Erzbischof von Freiburg dem durchlauchtigsten Fürsten seine höchste Verwunderung und seine größte Betrübniß über solch' ein landständisches Treiben ausgesprochen." — Wenn es den Ultramontanen nach Wunsch ginge, dann wüßte man bald nicht mehr, wer Herr im Lande wäre: der Fürst oder der Bischof.

— Ferner erklärt die Süddeutsche, nicht zu wissen, wann

die barmherzigen Schwestern in das Land kommen werden, und ermahnt zur christlichen Geduld. Die wird auch bei den Wahlen nicht schaden, von denen die Süddeutsche, als sie die Sturmglocke zog, so große Hoffnungen hatte.

— Endlich erzählt sie, daß ein Konstanzer Kaufmann in dem Museum einer „geschichtlich kirchlichen Stadt Badens" geäußert habe, die Süddeutsche verdiene sammt ihrem Redakteur, dem Jesuiten, verbrannt zu werden. Dann fährt sie fort: „Sehen Sie, Herr Mathy, man muß den Teufel nie an die Wand malen. Sie sagten bei der Verhandlung über eine gewisse Petition gegen Zittel: „Die verlangen noch Scheiterhaufen." Damals hatte Mathy in einer Zeitung gelesen, daß ein Jesuit im Seekreis geäußert, man solle ihn (Mathy) an dem Platz verbrennen, wo Huß verbrannt worden war. Das hebt sich also gegen den Konstanzer Kaufmann. Seit die heilige Einfalt kein Holz mehr zutragen will, geht es mit dem Verbrennen nicht so leicht. Das macht der Süddeutschen Kummer.

Briefe.

* Freiburg, 13. März. Die Urwahlen in der hiesigen Stadt sind beendigt und es ist den unabhängigen Bürgern daran gelegen, den Beweis zu erstellen, daß der Schein einer vollständigen Unterordnung der Wählerschaft unter den Einfluß der Reaction und des Jesuitismus in Wahrheit nicht gegründet ist. So auffallend diese Behauptung auf den ersten Anblick scheinen mag, so erklärt sie sich doch einfach durch Zahlen, welche zugleich eine psychologische Merkwürdigkeit an das Licht bringen, die in unsern Tagen nur selten angetroffen wird.

Die Stadt Freiburg mit den dazu gehörigen Ortschaften Herdern und Wiehre ist in sieben Wahldistrikte getheilt, in welchen 1700 Bürger und etwa 900 bis 1100 andere Stimmberechtigte wohnen. Von diesen 2600 bis 2800 Stimmberechtigten haben ihr Wahlrecht ausgeübt: Im

Distrikt.			
I.	132,	wovon die meisten St. für einen Wahlmann	126
II.	115	„ „ „ „ „ „ „	110
III.	92	„ „ „ „ „ „ „	91
IV.	102	„ „ „ „ „ „ „	100
V.	98	„ „ „ „ „ „ „	97
VI.	119	„ „ „ „ „ „ „	115
VII.	79	„ „ „ „ „ „ „	74
Zus.	737		

Demnach sind nicht viel über ein Viertheil der Wählerzahl erschienen, darunter mindestens 200 Beamte, Angestellte und niedere Diener, als: Gendarmen, Steueraufseher, Zollgardisten, Polizeidiener u. s. w. — Es bleiben also etwa 500 Bürger (von 1700) welche an den Wahlen theilnahmen und diese gehören fast alle der gedrücktesten Classe an, die mehr oder weniger unbedingt dem Einflusse einiger Familien, wie Sautier, Kapferer, Göß, Kunzer, Wolf u. s. w. unterstehen. Es haben mithin etwa 2000 Stimmberechtigte sich nicht gerührt und es einer Zahl von 700 überlassen, die Männer zu bezeichnen, denen die Wahl der Abgeordneten der Stadt Freiburg anvertraut ist. Der Grund, weshalb die große Mehrzahl der Bürger das frühere würtembergische Enthaltungsverfahren einschlugen, liegt wohl zunächst in dem Widerwillen, den die Mittel erregt hatten, wodurch im Jahre 1842 die Wahlen zu Stande gebracht worden waren. Dazu kömmt aber freilich die Geistesträgheit und Theilnahmslosigkeit vieler Bürger, welche nur zu bekannt ist. Bezüglich auf die Deputirtenwahl scheint zwischen der conservativen und der ultramontanen Partei ein Compromiß im Werke zu sein, wonach der ersteren die Wiedererwählung des Hrn. Hofrichters Litschgi, der letztern die Wahl des Hrn Buß oder des Hrn. Staudenmaier an der Stelle des Hrn. Hägelin zugestanden würde Hr. Hägelin, heißt es, äußere sich bereits, er wünsche nicht, wieder gewählt zu werden. So sind die Wahlen der Stadt Freiburg das Ergebniß der Theilnahmslosigkeit der Bürger.

Betzenhausen, (Stadtamt Freiburg), 12. März. Vorgestern war hier auf Veranstaltung eines Beamten der zugleich Wahlmann ist, ein Zweckessen veranstaltet, um bei dieser Gelegenheit einen hochgestellten Verwaltungsbeamten oder doch wenigstens den Posthalter aus Kr. statt des früheren Abg. Binz zu empfehlen. Der Erfolg soll eben nicht glänzend gewesen sein.

---

* Eberbach am Neckar, 12. März Unsere Wahlen sind für die Bürger günstig ausgefallen, obgleich leider die Religion zu Einwirkungen mißbraucht worden ist, und zwar bei beiden Konfessionen. Die katholische Geistlichkeit hielt sich übrigens — zu ihrer Ehre sei es gesagt — von Umtrieben fern und die Religionsgefahr wurde den Katholiken nicht von ihren Geistlichen, sondern theils von Sendlingen des jesuitisch-absolutistischen Centralcomite in Mannheim, theils von Leuten gepredigt, die zu beschränkt sind, um die Wahrheit zu erkennen, die selbst getäuscht waren und sich darum als Werkzeuge brauchen ließen, um Andere zu täuschen. Eben so verhielt es sich bei den Protestanten; doch mischte sich hier zu der Unklarheit noch ein Funke von Rache, weil manchen von ihnen der fortschreitende Geist der Zeit tiefe Wunden geschlagen hatte. Indessen bewährte die große Mehrzahl einen tüchtigen Bürgersinn und wir schweigen deßhalb über die mißlungenen Umtriebe. Die Ursache, warum der Herr Beamte nicht Wahlmann wurde, wird ihm so gut bekannt sein als den Bürgern. Die Aufregung war sehr groß und wird noch einige Zeit nachhalten, da man sich auf beiden Seiten die Gegner gemerkt hat. Die „Fortschrittler," wie man die Bürger, welche sich nicht irre machen lassen, spöttelnd benamset, haben nichts versprochen und brauchen darum auch nichts zu halten. Wenn aber die Männer des Stillstandes oder des Rückschritts (still stehen, wo Alles ringsumher fortschreitet, ist so gut wie rückwärts gehen) nur die Hälfte von dem, was sie versprochen haben, halten müßten, so würden sie uns sehr glücklich machen. Allein sie haben auch nichts zu geben, darum ist es am Besten, man läßt der Ueberzeugung ihren freien Lauf.